



Medienmitteilung

Luzern, 27. August 2009

## Die Städte fordern ein «urbanes Mainstreaming»

**«Bund und Kantone können es sich nicht leisten, auf die Erfahrungen und Kompetenzen der Städte zu verzichten». Dies eine der Schlüsselaussagen am Städtetag 2009 in Luzern, an dem die Städte ein «urbanes Mainstreaming» der Bundespolitik forderten. Der Städtetag thematisierte zudem Anspruch und Verantwortung bei der Nutzung öffentlicher Räume.**

Rund 240 Delegierte und Gäste aus der ganzen Schweiz, aus Deutschland und Österreich nahmen am Städtetag 2009 teil. Erstmals seit 1943 fand dieser wieder in Luzern statt.

### Ein «urbanes Mainstreaming» verankern

Wie stark Städte und Gemeinden von der Bundespolitik betroffen sind, wird immer offensichtlicher. Sie sind von fast allen Bereichen der Bundespolitik betroffen, haben aber in der Bundespolitik weiterhin einen schweren Stand. Trotz einiger Positivmeldungen (Infrastrukturfonds, Agglomerationsprogramme etc.) ist es immer noch nicht selbstverständlich, dass Bund und Kantone die Städte konsequent einbeziehen.

Für Dr. Marcel Guignard, den Präsidenten des Städteverbandes, muss sich bei Bund und Kantonen das Bewusstsein durchsetzen, dass jede Regelung auf ihre Auswirkungen auf die Städte und städtischen Gemeinden hin hinterfragt wird. Der Städteverband fordert ein eigentliches «urbanes Mainstreaming». Das bedeutet auch, dass die Agglomerationspolitik noch viel mehr als bisher zur Querschnittspolitik wird, die auf andere Politikbereiche Einfluss nimmt.

### Unverzichtbare Tripartite Agglomerationskonferenz TAK

Eine zentrale Plattform, um das Bewusstsein für den notwendigen Einbezug der Städte und Gemeinden in die Bundespolitik zu stärken, ist die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK. Die von allen drei Staatsebenen getragene Organisation ist, so Renate Amstutz, Direktorin des Städteverbandes, unverzichtbar geworden. Deshalb gilt es, die TAK, die derzeit lediglich Projektstatus besitzt und nur Empfehlungen abgeben kann, nun mit klaren Aufgaben und Kompetenzen fest zu institutionalisieren. Die Probleme machen nicht an Gemeinde-, Stadt-, Kantons- oder Landesgrenzen Halt, sondern betreffen die funktionalen Räume. Um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen, verspricht der tripartite Ansatz mit dem gleichberechtigten Einbezug aller Staatsebenen die grössten Erfolge.

### Glasfasernetze: keine unsinnigen Parallelstrukturen!

Die Interessen der Städte und deren Bevölkerung stehen auch beim Bau von Glasfasernetzen auf dem Spiel. Der Städteverband hat dazu eine eigene Arbeitsgruppe eingesetzt, welche zurzeit prüft, wie die Anliegen der zahlreichen betroffenen Städte am besten koordiniert werden können. Der Städteverband fordert einen kostengünstigen Bau ohne volkswirtschaftlich sinnlose Parallelstrukturen.



## **Öffentlicher Raum – Nutzungen im Spannungsfeld von Anspruch und Verantwortung**

Diesjähriges Tagungsthema war der Umgang mit dem öffentlichen Raum, an dessen Nutzung in den Städten vielfältige Ansprüche bestehen. Professorin Barbara Zibell von der Universität Hannover zeigte in ihrem Keynote-Referat auf, dass die Idealvorstellung – der öffentliche Raum ist für alle und alles da – nie der Realität entsprach. Aufgrund der verschiedenen Ansprüche entstehen Nutzungskonflikte, die nach einer Kultur des Konfliktmanagements rufen. Mit ihren direktdemokratischen Instrumenten sind die Schweizer Städte für diese Daueraufgabe gut gerüstet, so Barbara Zibell.

Der Luzerner Stadtpräsident Urs W. Studer betonte, dass im Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum ein Massnahmenmix aus verschiedenen Bereichen (Soziales, Stadtplanung Reinigung, Polizei, Interventionsgruppe, Nutzerinnen und Nutzer) die grössten Erfolge bringt. Als kulturellen Beitrag zum Städtetag beauftragte die Stadt Luzern den Luzerner Filmer Simon Weber, typische Szenen im öffentlichen Raum in Kurzfilmen zu veranschaulichen und damit die Nutzenden des öffentlichen Raums virtuell und künstlerisch in das Tagungszentrum im Verkehrshaus Luzern zu holen. Die Filme sind unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch) abrufbar.

Dass der Umgang mit dem öffentlichen Raum nicht nur eine lokale Angelegenheit ist, sondern auch bundespolitische Aspekte beinhaltet, machten die Ausführungen von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf deutlich. Für sie muss der Anspruch auf Nutzung immer auch die Übernahme von Verantwortung beinhalten.

Die Redetexte der Jahresmedienkonferenz sind unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch) abrufbar.

### **Hintergrundinformationen zum Schweizerischen Städteverband**

Der Städteverband zählt 125 Mitglieder und vertritt die Interessen und Anliegen der Städte und städtischen Gemeinden in der Schweiz. Damit vertritt der Verband die urbane Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung leben und 84 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes erbracht werden.

### **Weitere Informationen:**

Dr. Marcel Guignard, Präsident Schweiz. Städteverband, Stadtammann Aarau  
079 214 94 53

Urs W. Studer, Stadtpräsident Luzern  
041 208 82 51

Renate Amstutz, Direktorin Schweiz. Städteverband  
079 373 52 18